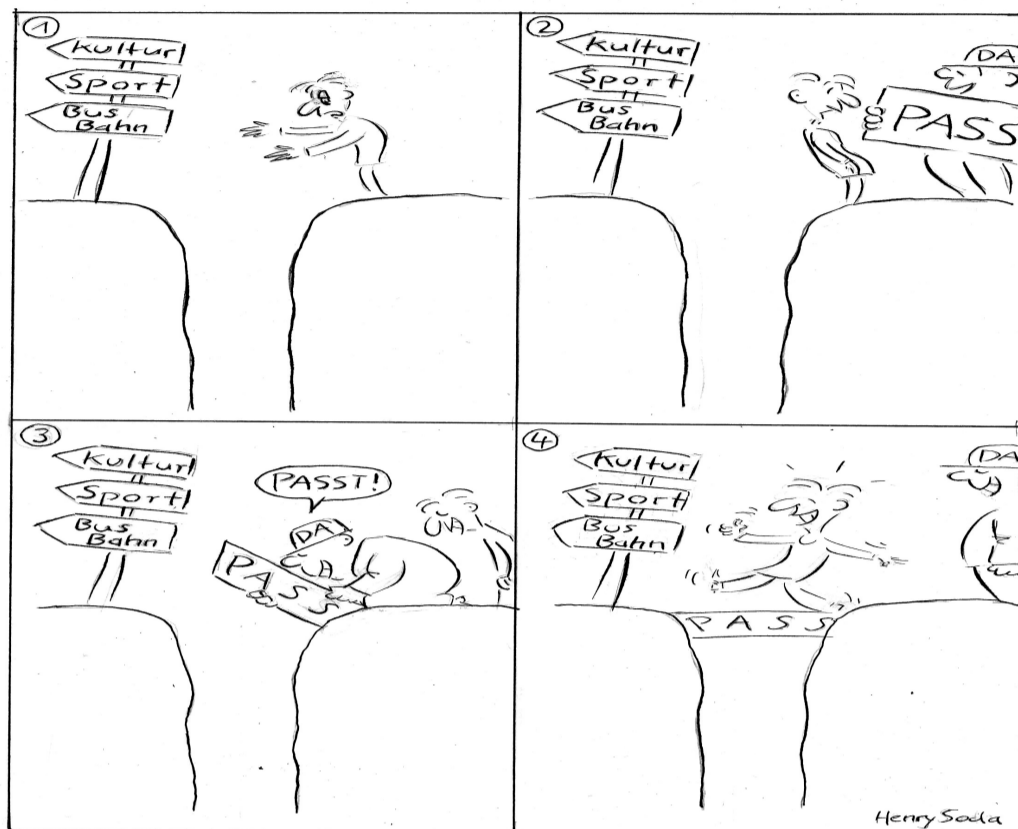




Ausgabe November - Dezember 2006

## Darmstadt braucht den Darmstadt-Pass mit Sozialticket



Darmstadt-Pass mit Sozialticket, denn Darmstadt tickt sozial!

**Mehr für Viele statt viel für Wenige. In Darmstadt wird es selten langweilig. Zwischen Staatstheater und Mathildenhöhe, mehreren Kinos und Centralstation, Vivarium und Hallenbädern kann die freie Zeit anregend und lustbringend verbracht werden.**

Die meisten Leser werden dieser, zugegeben sehr pauschalen Aussage, mehr oder minder zustimmen. Aber halt: Wer genügend Geld zur Verfügung hat, der registriert oft gar nicht die unsichtbare Grenze, die alle oben genannten Einrichtungen umgibt - die der Kasse am Einlass. Wer genügend Geld hat, zahlt den Eintritt und fertig. Wer Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe bezieht, für den wird das Kassenhäuschen zur Grenze. Von 345,- Euro im Monat, die ein alleinstehender ALG II Empfänger bekommt und von dem noch die Stromrechnung, Telefon, Kleider, Einrichtungsgegenstände und sämtliche Lebensmittel gekauft werden müssen, bleibt für Kultur und Freizeitgestaltung fast nichts übrig. Selbst die Anschaffung eines Nahverkehrstickets wird zum Luxus. Auf den Punkt gebracht: Arme Menschen stehen auch hier vor verschlossenen Türen. Die Stadt wendet zwar Steuergelder in Höhe von Millionen Euro jährlich für den Betrieb und Subventionierung von Institutionen wie beispielsweise dem

Staatstheater auf, kümmert sich aber bisher wenig darum, dass auch alle gesellschaftlichen Schichten dieses besuchen können. Wobei an dieser Stelle erwähnt werden muss, dass die Stadt in vielen Teilbereichen deutlich mehr Ermäßigungen gewährt als dies viele andere deutsche Kommunen tun. Wir sind der Ansicht, dass niemand von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden darf. Wir halten es daher für sinnvoll, dem Beispiel anderer Städte wie Frankfurt a.M. oder Düsseldorf zu folgen und für bedürftige Bürger den Darmstadt-Pass mit einem Sozialticket einzuführen. Dies soll gewährleisten, dass alle Bürger Darmstadts die kulturellen Institutionen und sonstige Freizeitangebote zu einem fairen Preis nutzen können. Zudem soll so das bestehende Wirrwarr an Ermäßigungen klar strukturiert werden. Viele schon bisherige Ermäßigungen sind kaum bekannt und werden daher auch von den Betroffenen wenig bis gar nicht genutzt. Was heißt das konkret? Das muss drin sein im Darmstadt-Pass: kostenlose Nutzung der städtischen Museen und Sonderausstellungen 50 % Ermäßigung für Erwachsene und Kinder in städtischen Betrieben wie Theater, Literaturhaus, Vivarium, Hallen- und Freibädern. Die schon bisher von der Stadt Darmstadt gewährten Ermäßigungen (u.a. für

Stadtgebiet von Darmstadt Gültigkeit besitzen. Für das Sozialticket müssen dieselben Einkommensgrenzen Gültigkeit haben wie für den Darmstadt-Pass, und auch das Verfahren muss angeglichen werden: Wer einen Darmstadt-Pass bekommt, hat auch Anspruch auf das Sozialticket! Der Monatspreis für das Darmstädter Sozialticket darf nicht höher liegen als 50 % des Normaltarifs, also 15,80 Euro für eine Zone, 25,- Euro für zwei Zonen und 32,70 Euro für 3 Zonen. Über 12.000 Menschen in Darmstadt leben von ALG II, einige hundert von Sozialhilfe und Tausende mehr von ähnlich geringen Einkünften unterhalb der Armutsgrenze. Bei einem Preis von 50,- Euro ist für sie eine 2 Zonen Karte (z.B. Darmstadt - Eberstadt) unbezahlbarer Luxus. Ein Sozialticket zu 25 Euro pro Monat macht den Kauf für viele möglich. Wer ernsthaft über die Kosten eines Sozialtickets diskutieren will, muss davon ausgehen, dass dies kein Zuschussangebot sein wird, sondern zu einer Einnahmesteigerung führen kann. Auch wenn die Tarife vom Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) beschlossen werden, letztendlich entscheiden die politischen Gremien. Das Sozialticket soll auf Vorlage des Darmstadt-Passes bei der ARGE für den ermäßigten Preis erhältlich sein.

Für wen?

Der Darmstadt-Pass muss erhältlich sein für: EmpfängerInnen von ALG I wenn sie ergänzenden Anspruch auf ALG II, Sozialgeld und Hilfe zum Lebensunterhalt, EmpfängerInnen von Wohngeld, denn zwei Millionen Menschen bundesweit arbeiten bereits zu Löhnen unterhalb der Armutsgrenze; von deren Einkünften müssen 5 Millionen Menschen leben. Flüchtlinge, denn: den Sonntagsreden für mehr Integration müssen endlich Taten folgen. Gekürzte Leistungen für AsylbewerberInnen und die Illegalisierung von „Menschen ohne Papiere“ verfestigen Armut und Ausgrenzung. Wir wollen, dass alle am gemeinsamen Leben teilnehmen können. Und die Kosten...? Wenn durch die Einführung eines Sozialpasses Menschen Angebote wahrnehmen, auf die sie sonst verzichten müssten, entstehen dadurch keine oder nur geringe reale Kosten; wenn preisermäßigte Möglichkeiten wahrgenommen werden, auf die sonst verzichtet werden müsste, ergeben sich eher Einnahmezunahmen als -Verluste. Trotzdem muss im Städtischen Haushalt eine pauschale Summe (von zunächst 80.000 Euro pro Jahr) für den Sozialpass eingestellt werden, um zu vermeiden, dass aufgrund finanzieller Erfordernisse dieses für Viele notwendige Projekt gefährdet werden könnte. Nach einer Anlaufphase von einem Jahr sollte eine detaillierte, für die einzelnen Bereiche differenzierte Auswertung bezüglich erhöhter Nutzungszahlen und tatsächlicher Kosten durchgeführt werden. Unabhängig aber von möglichen finanziellen Argumenten gilt zur Vermeidung der Ausgrenzung Vieler: Wir brauchen den Darmstadt-Pass für alle DarmstädterInnen mit zu geringen Einkünften!

*Frank Gerfelder-Jung, Mitarbeiter der erweiterten Fraktion Mitglied der WASG*

### Überblick

PPP - Erfolgsmo- dell für Darmstadt?

Seite 2

Arbeitslosenin- dustrie

Hindenburg- strasse- Deutliches Zeichen setzen

Seite 3

Studiengebüh- ren in Hessen Sozial unge- recht und ver- fassungswidrig

Kommunal- wahl 2006

Seite 4

Knell: Kein Land in Sicht Macht hier jeder, was er will?

Seite 5

Informati- onsfreiheit: weg mit alten Zöp- fen

Keine Zeit für Fragen

Seite 6

Papierlose Schulbesuch illegal?

Faschismus ist ein Ver- brechen

Seite 7

Wie die Darmstädter Arbeitsagen- tur mit Kanonen auf Spatzen schießt

Impressum

Seite 8

# PPP - Erfolgsmodell für Darmstadt?

## Darmstadt verkehrt

Aus gutem Grund wurde letztes Jahr in der mittleren Rheinstraße die Spur für Busse und Bahnen verbreitert: Die Busfahrer hatten Mühe bei Begegnungen, Fußgänger schwebten beim „wildem“ Überqueren in Lebensgefahr.

Geht es nach der Darmstädter CDU, soll alles wieder rückgebaut werden. Herrn Achenbach sind die zwei Spuren in die Stadt zu schmal. Er sieht die Gefahr abbrechender Rückspiegel. Soll es wieder „Hala-li“ auf Fußgänger heißen? Die FDP gar sieht in Darmstadt Ideologen am Werk, die an den Kreuzungen Busse und Bahnen den Vorrang gönnen. Der Kreisvorsitzende Leif Blum gebraucht starke Worte: Das sei „unverantwortlich“, „nicht zu rechtfertigen“, „nicht akzeptabel“. Er sieht leere Straßenbahnen, die Busse nur halbvoll. Er sollte öfters einen Fahrschein lösen und aus der Bahn mal in die Autos gucken. „Freie Fahrt für freie (Auto-)Bürger“ ist auch Ideologie. Übrigens: Ohne Vorrang könnten Busse und Bahnen keinen Fahrplan einhalten.

## Arheilger Mühlchen und die Algen

**Auch diesen Sommer musste das Arheilger Mühlchen wegen Blau-Algen-Befall geschlossen werden.**

Die meisten Arten von Blaualgen können zeitweilig Gifte bilden und in das Wasser abgeben, was zu Gesundheitsschädigungen beim Baden führen kann. Bekannt sind Hautreizungen beim Kontakt, in Einzelfällen können Leber- und Nervenschädigungen auftreten, wenn beim Baden Wasser geschluckt wird.

Wir haben daher in einem ersten Schritt mit einer kleinen Anfrage versucht konkrete Maßnahmen der Stadt in Erfahrung zu bringen. Weiterhin wollten wir wissen ob durch die Bohrung eines Brunnens dem Arheilger Mühlchen Frischwasser zugeführt werden kann. Experten raten neben einer Belüftung zu einer zusätzlichen nährstoffarmen Frischwasserzuführung.

Bürgermeister Glenz hält dies für möglich. Ein Brunnen würde 200.000 Euro kosten. Wir werden uns dafür einsetzen das entsprechende Mittel bereitgestellt werden. Das Mühlchen muss als kostenlosen Naturbadeseen gesichert werden. Der nächste Sommer kommt bestimmt.



**PPP steht für Public Private Partnership oder zu deutsch ÖPP = Öffentlich-Private Partnerschaften.**

Kommunale, städtische oder nationale staatliche Behörden oder Institutionen gehen hier mit privaten Unternehmen so genannte Partnerschaften ein um bestimmte Aufgaben der öffentlichen Hand durchzuführen. Dies ist zwar nicht neu, nimmt aber immer mehr zu. Auch in Darmstadt scheint die neue Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP ein solches Projekt anzuvorsieren. In den Kooperationsvereinbarungen heißt es: „Wir streben an, die Schulbausanierung zu beschleunigen. Dabei soll die Möglichkeit der Kooperation mit privaten Unternehmen geprüft werden. [...] Die finanziellen, baulichen und logistischen Herausforderungen, die sich aus der Reduzierung der Laufzeit des Schulbausanierungsprogramms ergeben, sind nach Möglichkeit gemeinsam mit den Kräften der freien Wirtschaft zu bewältigen. Daher sind alle Möglichkeiten der Einbeziehung privaten Kapitals und privater Unternehmen durch die Umsetzung von Public-Private-Partnership-Modellen zu überprüfen und nach Möglichkeit zu realisieren. Dies gilt insbesondere für den Bereich des Berufsschulzentrums.“ Aus diesem Grunde führte unsere Stadtverordnetenfraktion am 08. September eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema durch. Als Referenten konnten wir Robert Kösling vom kommunalwissenschaftlichen Institut der Uni-

versität Potsdam gewinnen. Kösling arbeitet als selbstständiger Gutachter für öffentliche Auftraggeber und Gewerkschaften. Er hat bereits mehrere Projekte begleitet und zu Themen „Konkurrieren statt Privatisieren“ und „Kommunen im Wettbewerb“ publiziert. Robert Kösling gab den Zuhörerinnen und Zuhörern einen Überblick über verschiedene PPP-Modelle. Alle diese Modelle weisen lange Laufzeiten und eine komplette Leistungserstellung des „privaten“ Partners auf. Die Handlungsfähigkeit und Einflussmöglichkeit der Kommune tendiert gegen Null. Sie dürfen die monatlichen Nutzungsentgelte zahlen - und bei Insolvenz der Projektgesellschaft für die Kredite bei den Banken gerade stehen. Das Zustandekommen solcher Verträge geschieht meistens hinter verschlossenen Türen. Kösling widerspricht auch dem Argument PPP-Modelle seien immer kostengünstiger. Auch Darmstadt müsste zunächst einmal Beratungsfirmen einkaufen, zu entsprechenden Preisen versteht sich. Eine Gegenfinanzierung im städtischen Haushalt muss es ebenfalls geben. Unser Referent empfiehlt auch bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung über Alternativen nachzudenken: Eine Komplettlösung der öffentlichen Hand bei gleichen Vorgaben sei schon aufgrund der Finanzierung über niedrigeren Kommunalkredite oftmals kostengünstiger. Wie bei Prozessen der Privatisierung auch werfen solche Partnerschaften als eine Form von Privatisie-

rung brisante Fragen auf: Können Private besser als der Staat, und wenn ja, was? Wer ist Gewinner, wer ist Verlierer solcher Partnerschaften? Verliert die öffentliche Hand die demokratische Kontrolle über Grundgüter oder können sie mit solchen Partnerschaften gerade gewährt werden? Bei den Darmstädter Schulen hat sich ein „Sanierungsstau“ von etwa 150 Millionen Euro angehäuft. Hier rächt sich jetzt die Politik der letzten Jahrzehnte. Wir sollten dafür sorgen das eine große Koalition in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung aus kurzfristigem Spardenken diesen wichtigen Bereich der Daseinsvorsorge nicht Privaten in den Rachen schmeißt. Viele Baufirmen reiben sich jetzt schon die Hände. Die gesamte Präsentation von Robert Kösling kann digital (PowerPoint) oder gedruckt bei uns angefordert werden.

*Rainer Keil,  
Fraktionsvorsitzender  
Mitglied der DKP*



# Arbeitslosenindustrie Keine Zukunft für 1-Euro-Jobber



Auf eine "Kleine Anfrage" unserer Stadtverordnetenfraktion antwortete vor kurzem Bürgermeister Wolfgang Glenz (SPD). Die Situation der seit der Hartz IV-Einführung im Volksmund lapidar "Ein-Euro-Jobber" genannten Erwerbslosen war Inhalt dieser Anfrage. Laut Bürgermeister Glenz sind derzeit 192 Ein-Euro-Jobs von der ARGE Darmstadt genehmigt. Von diesen 192 Plätzen seien rund 120 besetzt.

Leider sah sich Herr Glenz nicht in der Lage unsere Anfrage dahingehend zu beantworten, welche Institutionen denn diese Plätze zur Verfügung stellen. Die bemerkenswerteste Antwort erhielten wir auf unsere Frage, wie viele Ein-Euro-Jobber seit dem 01.01.2005 durch ihre Tätigkeit eine feste Anstellung bei ihrem "Maßnahmeträger" erhalten hätten. Laut Bürgermeister Glenz sei es seit anderthalb Jahren "...zu keiner direkten Übernahme

bei dem jeweiligen Träger..." gekommen. Manche(r) Leser(in) wird sich erinnern, wie im Herbst 2004 der damalige "Superminister" Wolfgang Clement (SPD) die Ein-Euro-Jobs als Wundermittel im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit anpries. Nun nach rund 540 Tagen Hartz IV in der Praxis zeigt sich auch hier in Darmstadt, dass Ein-Euro-Jobs keinen Weg zurück in den ersten Arbeitsmarkt eröffnen. Wenn dieses als Wundermittel angepriesene

Instrument Ein-Euro-Job in ganzer Linie versagt hat, warum hält dann der Gesetzgeber und die für die Durchführung von Hartz IV vor Ort zuständige ARGE so stoisch daran fest? Könnte einer der Gründe vielleicht sein, dass die Vermittlungsagenturen von Ein-Euro-Jobs zwischen 240,- und 360,- Euro für einen Platz erhalten? Positiv gewendet heißt das wohl: Subventionierung einer "Arbeitslosenindustrie" von Vermittlungsagenturen, in Darmstadt namentlich die GFFB (Gemeinnützige Frankfurter Frauen - Beschäftigungsgesellschaft) und der IB (Internationaler Bund), die Erwerbslose in Ein-Euro-Jobs "endlagert" und damit ihre eigene sozialversicherungspflichtige Existenz zu rechtfertigen versucht.

*Helmut Angelbeck,  
Mitarbeiter der erweiterten Fraktion  
Mitglied der WASG*



## Hindenburgstrasse - Deutliches Zeichen setzen



Der Beirat für Straßenbenennung ist Ende September 2005 unserem Antrag gefolgt und hat dem Magistrat empfohlen die Hindenburgstrasse umzubenennen. Der Magistrat hat sich im Juni 2006 dieser Empfehlung angeschlossen mit der Maßgabe „von einer Umbenennung abzusehen, wenn mehr als die Hälfte der betroffenen Bürger und Firmen mit Ablehnung reagiert."In den letzten Monaten hat

die geplante Umbenennung der Hindenburgstrasse in „Marion-von-Dönhoff-Straße" zu einer Reihe von Leserbriefen in der regionalen Presse geführt. Rund 150 Unterschriften wurden gegen die Umbenennung gesammelt. Die Stadt plant im Herbst ein Informationsblatt für die Bewohnerinnen und Bewohner der Hindenburgstrasse sowie eine Informationsveranstaltung. Aus einigen Rückmeldungen wissen wir, dass viele unser

Anliegen nachvollziehen und politisch unterstützen. Allerdings werden Kostengründe angeführt. Diese Befürchtungen lassen sich aber leicht entkräften. Private Anwohner werden für die Umänderung ihrer Papiere nichts bezahlen müssen. Die Umänderung von Visitenkarten und Internetauftritten halten wir ebenfalls für eher unproblematisch. Zum Einen, weil es die Hindenburgstrasse für eine längere

Übergangszeit noch geben wird und so genügend Zeit für notwendige Änderungen bleibt. Zum Anderen weil viele Briefköpfe heute per PC erstellt und so schnell geändert sind. Kosten gab es auch in der Vergangenheit, etwa bei Namensänderungen oder dem Eintrag einer neuen Handynummer oder bei der Umstellung der Postleitzahlen im Jahr 1993. Unsere beiden Stadtverordneten Rainer Keil und Karl-Heinz Böck wenden sich mit einem Brief an die Anwohnerinnen und Anwohner der Hindenburgstrasse und setzen sich mit den Argumenten der Kritiker einer Umbenennung auseinander. Abschließend stellen sie fest: „Sie werden die Möglichkeit haben ein deutliches Zeichen zu setzen. Ein Zeichen das weit über die Stadtgrenzen Darmstadts hinaus wahrgenommen werden kann. Sie können ein Zeichen setzen gegen Rechts und für eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Nutzen Sie diese Möglichkeit! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Der komplette Brief ist im Internet unter [www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de) nachzulesen

*Frank Gerfelder-Jung, Mitarbeiter der erweiterten Fraktion  
Mitglied der WASG*



# Studiengebühren in Hessen Sozial ungerecht und verfassungswidrig

**Als am 24. Mai 2006 rund 6000 Menschen in Darmstadt gegen die Pläne der hessischen Landesregierung Studiengebühren einzuführen demonstrierten, konnte Mensch ein klares Zeichen nach Wiesbaden setzen.**

Wieder einmal wird versucht, über die Betroffenen hinweg Gesetze zu machen. Und wieder einmal ignoriert die CDU-Regierung den heftigen Widerstand aus der Bevölkerung, die sie ja scheinbar vertritt. Studiengebühren betreffen in Hessen insgesamt rund 150.000 Menschen. Eine Vielzahl von ihnen können sich kein noch teureres Studium leisten, schließlich müssen bereits jetzt mehr als 60 Prozent der Studierenden arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Doch löst Mensch sich aus dem Hochschulkontext, so muss gesagt werden, dass es weit mehr Menschen betrifft: die Familien, die noch mehr als bisher das Studium mitfinanzieren müssen, die SchülerInnen, die auf ein zu teures Studium verzichten müssen und auf einen Ausbildungsmarkt gehen, der keine Ausbildungsplätze für sie bietet, und schließlich die Gesellschaft als ganzes. Denn Bildung ist ein Gut, das jeder und jedem zur Verfügung stehen muss – und nicht nur denjenigen, die



es sich leisten können. Was bedeutet dies für Darmstadt? Nun, in Darmstadt gibt es rund 28.000 Studierende. Es ist zu erwarten, dass durch die Einführung von Studiengebühren mindestens drei negative Effekte auftreten werden: die Zahl der Studierenden wird zurückgehen, die Kaufkraft der Studierenden lässt nach und die Studierenden werden noch mehr nach Arbeit suchen.

Betrachten wir genauer wen die Studiengebühren am ehesten treffen, stellen wir fest, dass die Einführung von Studiengebühren in höchstem Maße diskriminierend ist: sie treffen vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergründen. Doch trotz der massiven Proteste wird die Landesregierung dieses Gesetz im Landtag durchdrücken. Aber die Chancen ste-

hen gut, dass das Gesetz gekippt wird. Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben angekündigt, eine Verfassungsklage einzureichen. Weiterhin wird ein Volksbegehren angestrebt, das hoffentlich mit möglichst vielen BündnispartnerInnen ein klares Zeichen setzt. Und schließlich wird in einigen Bundesländern ein überregionaler Gebührenboykott organisiert. Auch in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung war die geplante Erhöhung der Studiengebühren Thema. Zur Juli-Sitzung brachten SPD und Grüne einen Antrag ein, in denen Studiengebühren eindeutig abgelehnt werden. Unsere Stadtverordnetenfraktion hat diesen Antrag natürlich unterstützt. Linksfraktion - Stadtverordneter Rainer Keil bezeichnete die Einführung von Studiengebühren als „verfassungswidrig und sozial ungerecht“. Der Antrag wurde gegen die Stimmen von FDP und CDU beschlossen.

*Andreas Schaeffer, Mitarbeiter der erweiterten Fraktion Hochschulpolitischer Sprecher des AStA der Hochschule Darmstadt*



## Kommunalwahl 2006 Verdoppelung der Mandate

**Als erstes möchten wir bei unseren Wählerinnen und Wählern bedanken, die uns durch ihr Stimmverhalten zwei Mandate erringen ließen.**

Wenn man die Kommunalwahllisten 2001 und 2006 vergleichen möchte, ist dies eine Verdoppelung der Mandate, sowie der Wählerstimmen. Überdurchschnittliche Stimmergebnisse erreichte unsere Liste im Norden mit 3,6 Prozent und in Kranichstein mit 3,2 Prozent der Stimmen. Gute Ergebnisse über 5 Prozent erreichten wir in der Bessunger Wilhelm-Leuschner-Schule, in Eberstadt-Süd, Kranichstein-Süd, im Industrieviertel Nord und im Martinsviertel. Sicher sind die beiden angesprochenen Listen nur schwer zu vergleichen. Neben Kandidatinnen und Kandidaten aus verschiedenen Parteien (Linkspartei, WASG und DKP), war es auch gelungen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter so wie unorganisierte Personen für die Liste zu gewinnen. Kommen wir aber nun zum Resultat der Kommunalwahl 2006 und der daraus veränderten

politischen Landschaft in der Stadtverordnetenversammlung. Die größten Fraktionen stellen mit jeweils 21 Sitzen SPD und CDU, gefolgt von den Grünen mit 11 Sitzen. FDP und die Fraktion UFFBASSE erhielten beide 5 Mandate. UWIGA, ein Neuling im Stadtparlament, erhielt aus dem Stand 4 Sitze, die Linke, wie schon erwähnt 2. Jeweils ein Mandat errangen die Frauen und die WASG. Bei diesem Ergebnis war klar, eine Fortsetzung von Rot/Grün wird es in Darmstadt nicht mehr geben. Nach Tagen der Ungewissheit und der Spekulationen, wie den eine neue Koalition in Darmstadt aussehen könnte, gab es die erste Meldung, die auf Rot/Grün mit der Duldung der Fraktion UFFBASSE hinauslief. Diese Absprache hielt aber nur bis zur konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. UFFBASSE gab ihre Stimmen bei der Wahl zum Stadtverordnetenvorsteher nicht Sabine Seidler (SPD), sondern Wolfgang Gehrke (CDU). Dies aber war im Vorfeld schon abzusehen, da UFFBASSE immer dazu stand, das die stärkste Fraktion, dieses

Amt besetzen sollte. Dies war nun mal, wenn auch nur im prozentualen Komma-Bereich, die CDU. Die Wahl schleifte sich nun über insgesamt drei Wahlgänge hin, wo der dritte und letzte Wahlgang mit einem Patt der beiden Kandidaten endete, so das nun, laut hessischer Gemeindeordnung, das Los entscheiden musste. Dieser entscheid machte W. Gehrke zum Stadtverordnetenvorsteher und beendete die Zusammenarbeit von Rot/Grün und UFFBASSE.

Nun steht Darmstadt eine Ampelkoalition (SPD/Grüne/FDP) ins Haus. Was diese Koalition für die Bürgerinnen und Bürger in Darmstadt bedeutet, werden wir in den nächsten Wochen und Monaten sehen.

*Karl-Heinz Böck und Rainer Keil, gewählte Stadtverordnete der Linksfraktion*



# Knell: Kein Land in Sicht Macht hier jeder, was er will ?



## Vor sechs Jahren wurde die „Knell“, das Ausbesserungswerk an der Frankfurter Straße von der Bahn stillgelegt.

Die Stadt peilte eine großen Tauschaktion an: der Messplatz auf die „Knell“, dafür auf den jetzigen Messplatz Wohnhäuser. Auf den Rest der „Knell“ Betriebe des Stadtkonzerns: eine Erweiterung der dort ansässigen HSE (früher: „Südhessische“) und den Abfallwirtschaftler EAD. Dies wurde unter dem Namen der „Rochade“ (Wechsel der Positionen von König und Turm beim Schachspiel) bekannt gemacht. Schade nur, dass die Fachleute der Stadt die „Seveso II - Richtlinie“ verpeilten. Die „Knell“ als auch der Messplatz kommen der Firma Merck zu nahe. Daher verbietet die zum Schutz der Menschen gedachte Richtlinie den geplanten Schachzug. Die Stadt hat der Bahn den Kaufpreis bezahlt. Sie hat das Gelände geräumt und auch in die Erschließung investiert. Nun ist sie in Verlegenheit. Zwar konnten „PLUS“, „Burger-King“ und „tegut“ gewonnen werden. Dies betrifft aber nur den südlichen Teil

der „Knell“, wo die „Seveso II“- Richtlinie nicht hinreicht. Dann wurde bekannt, dass die EAD doch nicht mehr auf die „Knell“ wolle. Unsere Fraktion hat im März eine Anfrage gestellt:

1. Kann die EAD als Eigenbetrieb städtebaulichen Vorgaben öffentlich zuwider handeln? Wie weit geht die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Eigenbetriebe? Welche Gründe führten zu dieser Entscheidung?
2. Wie könnte das bisherige EAD-Gelände an der Niersteiner Straße genutzt werden?
3. Welche Absichten hat nun die HSE auf dem Gelände? Stadtrat Feuchtinger hat die Anfrage über ein Vierteljahr später beantwortet. Die EAD wolle aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht mehr umziehen. Auch sei eine Wohnbebauung an der Niersteiner Straße mit einer möglichen Nutzung des erst 1982 bezogenen Verwaltungsgebäudes nur schwierig vereinbar. Die HSE schließlich wolle ein neues Verwaltungsgebäude errichten. Das Planungsamt der Stadt geht jedoch unverdrossen von einem Umzug der EAD aus ([www.darmstadt.de/stadtplanung/um](http://www.darmstadt.de/stadtplanung/um)

bau/eaw.htm ). Wir meinen: Natürlich dürfen Verluste bei Neubau eines Verwaltungsgebäudes, bei der Vermietung des alten nicht mit Müllgebühren bezahlt werden. Eine vernünftige Nutzung der „Knell“ liegt aber im Interesse der gesamten Stadt. Welcher Betrieb wäre besser für das von einem Chemieunfall bedrohte Gelände geeignet als die EAD mit ihrem großen Fuhrpark von über 200 Müll- und Reinigungsfahrzeugen? Der einzige Publikumsverkehr sind Lieferanten von Sondermüll. Im Alarmfall ließen sich diese Gäste in der Verwaltung in „Obhut“ nehmen. Hinzu kommt, dass die Verwaltung der EAD zwar in sauberen und schönen Büros sitzt, die Werkstatt aber in einer Reithalle aus Kaisers Zeiten hantieren muss. Beim Seitenlader, dem höchsten Müllfahrzeug muss vor Reparaturen aus den Reifen Luft abgelassen werden, weil die Tore zu niedrig sind! Da die EAD nicht nur ihre eigenen 210 Fahrzeuge wartet, sondern auch die der Stadtverwaltung, wäre der Neubau der Werkstatt überfällig. Der jetzige Standort an der Niersteiner Straße in Bessungen ist aber nicht erweiterungsfähig. Demgegen-

über bietet die „Knell“ dem Stadtkonzern viel Platz: Von den 155.000 m<sup>2</sup> der „Knell“ fallen in die „Seveso II“- Zone ca. 128.000 m<sup>2</sup>. Die EAD hat in der „Niersteiner Straße“ ein Gelände von ca. 20.000 qm. Die EAD betreibt ein städtisches Lager in der Haasstraße von ca. 11.000 qm. Die HSE hat im „Dornheimer Weg“ ein Lager für Rohre, Maste ca. 12.000 qm. Das Grünflächenamt lagert Pflaster an der Pfnorrstraße ca. 15.000 qm. Es ließen sich also alle Lagergelände der Stadt und ihrer Betriebe zusammenlegen. Und noch etwas: Die Müllfahrzeuge fänden ihre Heimat in unmittelbarer Nähe der Müllverbrennung. Leerfahrten würden damit minimiert. Zu den jetzigen Lagerplätzen reichen weder Fluglärmkeule noch „Seveso II“ hin. Sie können anderweitig genutzt werden, z.T. durch Wohnbebauung. So ist doch noch eine „Rochade“ möglich, wenn auch eine kleine.

**Siegfried Oettmeier,**  
Mitarbeiter der erweiter-  
ten Fraktion  
Mitglied der Linkspartei



# Informationsfreiheit: weg mit alten Zöpfen Darmstadt braucht mehr Transparenz !

**Es kann viele Gründe geben, etwas von der Stadt wissen zu wollen: wieso ein von Ihnen gestellter Antrag nicht genehmigt wurde, wie sich die Höhe Ihrer Kanalgebühr oder eines Erschließungsbeitrages erklärt oder welche Firmen zu welchen Preisen Straßenpflaster angeboten haben. Bisher gab es keine Regelung, welche die Verwaltung zur Auskunft zwingt.**

Dies regelt wie in über 50 Staaten seit Anfang 2006 auf Bundesebene ein Informationsfreiheitsgesetz. Auf Länderebene gibt es ein solches Gesetz bereits in Berlin, NRW, Hamburg und Bremen. In Hessen wird zur Zeit darum gerungen. Auf der Kommunal-ebene dagegen Fehlanzeige ! Dabei brauchen die gesetzlichen Regelungen nicht neu erfunden, sondern mit einem Beschluss nur übertragen werden. Wir haben hierzu einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht:

„Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob das Informationsfreiheits-

gesetz des Bundes sinn- und wortgemäß auf die Stadt Darmstadt übertragen werden kann. Die Prüfung soll auch die Anwendung dieses Gesetzes auf Eigen- und Beteiligungsbetriebe beinhalten. Der Stadtverordnetenversammlung ist nach Abschluss zu berichten.“ Hierum geht es: Alle natürlichen und juristischen Personen – ob Deutsche oder Ausländer – haben einen Auskunftsanspruch gegenüber der Verwaltung. Das Auskunftersuchen muss nicht begründet werden. Eine Anfrage ist innerhalb von einem, in komplizierten Fällen in zwei Monaten, zu bearbeiten. Die Ablehnung eines Ersuchens muss schriftlich begründet werden: Natürlich ist Transparenz auch der Zaubertrank für die Vermeidung von Korruption. Wer damit rechnen muss, dass jeder Fachmann das Recht hat, in den Akten einen Verdacht zu verfolgen, wird sich genauer beobachtet fühlen: Tatsächlich zeigt der Korruptionsindex der Nichtregierungs-Organisation „Transparency International“, dass vor allem Länder mit Informationsfreiheitsgesetzen

gut abschneiden. Damit der Bürger der Stadt nicht zum Kunden reduziert wird, muss die Verwaltung ihr Handeln ihm gegenüber offen legen. Transparenz ist kein Selbstzweck. Sie ist ein unverzichtbares Element einer Bürgergesellschaft und der Demokratie. Denn nur wenn der öffentliche Sektor und insbesondere die Verwaltungen transparent handeln und die Bürger umfassend und frühzeitig informiert sind, können sie sich auch qualifiziert an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligen. Sonst entsteht eine zweigeteilte Gesellschaft von Wissenden und Unwissenden. Landtagsabgeordneter Michael Siebel (SPD) meint, das Gesetz schaffe „Waffengleichheit zwischen Bürger und Staat.“ Eben.

Nachlese: Unser oben erwähnter Antrag sollte in der Stadtverordnetenversammlung am 19. September behandelt werden. Leif Blum (FDP) stellte in dieser Sitzung den Geschäftsordnungsantrag auf „Nichtbefassung“. Begründung: Gesetze könnten nicht von Stadtverordneten behandelt wer-

den. Es stellte sich also heraus, dass nur die Kleinfaktionen an Transparenz interessiert zu sein scheinen. Blum hätte als Begründung auch benennen können, es sei Dienstag und Herbst oder sein Horoskop verbiete den Antrag. Uns sind schon öfter Informationen von städtischen Betrieben nicht gegeben worden. Bürgerinitiativen wie die IG Abwasser können ein Lied davon singen. Und wie war das noch mit dem indischen Pflaster am Hauptbahnhof oder auf dem Marktplatz? Wir haben gute Gründe, das Informationsfreiheitsgesetz auf unsere Stadt zu übertragen. SPD und Grüne wollen Gleiches für das Land Hessen. Sie haben sich selbst verraten. Leif Blum seine Liberalität aber auch.

*Werner Krone,  
Mitarbeiter der erweiterten  
Fraktion  
Mitglied der DKP*



## Keine Zeit für Fragen Unterwegs mit dem OB in der Waldkolonie

**Am Donnerstag, den 13. August 2006 hat ab 16.15 Uhr ein Rundgang mit OB Hoffmann durch einen Teil der Waldkolonie (Weststadt) stattgefunden.**

Zum Treffpunkt, der Käthe-Kollwitz-Schule waren nur relativ wenige Waldkoloniebewohner gekommen. Offiziell dabei waren neben dem OB der Bürgerbeauftragte Herr Fassbinder, sowie der Leiter des Hochbauamtes und die Leiterin des so genannten Bürgerbüros West, Frau Herbst.

Das Bürgerbüro „West“ befindet sich weitab von Europaviertel und Waldkolonie in der Heimstättensiedlung.

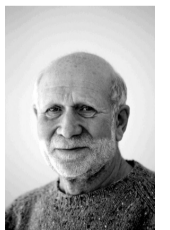
Wie sagte doch eine Frau aus der Waldkolonie während des Rundganges spontan: „Wir sind schon immer benachteiligt worden!“ Während des Weges zum Akazienweg fiel mir auf, dass einige wenige Bürger als „Einzelkämpfer“ hauptsächlich ihre Probleme gelöst haben wollten. Es ist absolut verständlich, dass Anwohner der Michaelisstraße den starken Durchgangsverkehr beklagen. Es ist aber weder solidarisch noch verständlich, wenn ein Betroffener meint, es sei eine Lösung, wenn der Verkehr zwei Straßen hinter

der Michaelisstraße, dann um so besser an Häusern, Kindergarten, Spielplatz und Schule vorbei durch den dann abgeholzten Waldsaum rollen könnte. Auf eine entsprechende Frage nach einer Straßenbahntrasse durch die Waldkolonie nach Weiterstadt meinte der OB Folgendes: „Eine Planung über 15 Jahre muss so nicht umgesetzt werden.“ Außerdem ist er dagegen, dass potenzielle Käufer vor der Haustür Weiterstadts abgesetzt werden, um dort einzukaufen. Das Problem des ungeordnet abgelagerten Schrotts gibt es im Akazienweg teilweise noch. Die Stadt hat bereits eine geordnete Ablagerung hinter Sichtschutzzäunen eingerichtet. Der Schrott auf dem ehemals als Sportgelände genutzten Teil soll von dort schnellstmöglich verschwinden und die Bereinigung des Bahngeländes will die Stadt mit der Deutschen Bahn abklären. Mich hat ein wenig peinlich berührt, wie wir uns durch das Wohnumfeld des Akazienweges bewegt haben. Der OB befand sich offenbar schon unter Zeitdruck und es kam kein direktes Gespräch mit den Anwohnern zustande. Entsprechend laut geäußerte Bemerkungen der Bewohner blieben

nicht aus. Auf dem Weg zurück habe ich den OB direkt auf den schwer geschädigten Westwald angesprochen. Es gab hierauf keinerlei Reaktion! In diesem Zusammenhang wurde der Bürgerbeauftragte Herr Fassbinder auch auf den schlechten Zustand der Waldwege hingewiesen. Außerdem fließen bei Starkregen immer noch stinkende, die Gesundheit gefährdende Abwässer über die Wege in den Wald. Der Bürgerbeauftragte fragte daraufhin, ob der Wald überhaupt von den Bürgern genutzt werde. Da blieb mir doch erstmal glatt die Spucke weg. Nahe dem Bundeswehrgelände beklagte sich dann ein Anwohner über den infernalischen Lärm bei Panzer-tests. Die aufheulenden Motoren sind dann in der ganzen Waldkolonie nicht zu überhören. Nachdem wir uns alle wegen eines Regenschauers in ein nettes, türkisch geführtes Lokal Ecke Kölner / Michaelisstraße flüchten mussten, wurde noch z.B. der sich hinziehende Kanalbau (der inzwischen abgeschlossen wurde) und die Platzgestaltung vor dem Lokal angesprochen. Kurz danach ist die Begehung abgebrochen worden. Der Punkt „Historische Waldkolonie“ fiel damit buchstäb-

lich ins Wasser. Der OB hatte um 18 Uhr einen Termin beim Sportverein Grün-Weiß. Historische Waldkolonie, auch ein heißer Punkt. Ein schützenswertes Haus direkt an der Dornheimer Brücke durfte so lange verkommen, bis ein Investor dann den Denkmalschutz mit der Abrissbirne in einer Blitzaktion erledigen konnte. Dem gegenüber ist das historische Schaltheus mit öffentlich viel gelobter ehrenamtlicher Schwerstarbeit hergerichtet und auch verwaltet worden. Wartet da auch schon ein privater Investor, um sich das mit Millionen werter Arbeit ausgebaut Haus unter den Nagel zu reißen? Aber der OB hatte leider keine Zeit mehr für weitere Fragen.

*Norbert Schneider,  
Mitarbeiter der erweiterten  
Fraktion  
parteilos*



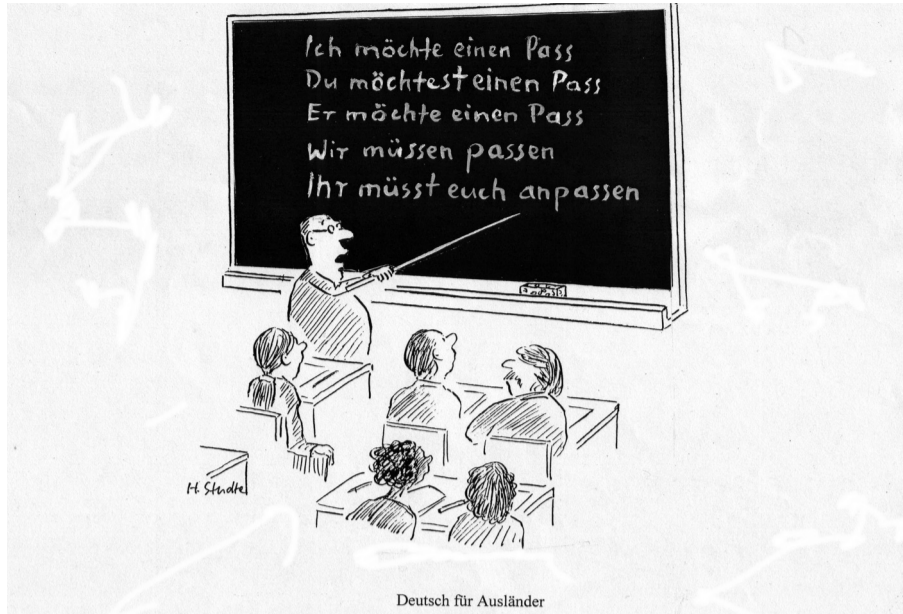
# Papierlose - Schulbesuch illegal?

**Die Stadt Darmstadt schätzt die Zahl nicht-registrierter Zugewanderter, so genannter „Papierloser“, auf 2.000 bis 3.000 Menschen, die Anzahl betroffener schulpflichtiger Kinder auf 50 bis 100.**

Schon im Dezember 2004 beantragten wir eine Studie über die Situation dieser Menschen und eine Überprüfung der Möglichkeiten eines Schulbesuches. Leider war unsere ursprüngliche Forderung nach einer eigenen Studie zu diesem Thema aus Kostengründen nicht durchsetzbar.

Der Magistrat hat das Thema des kommunalen Umgangs mit zugewanderten Personen ohne Aufenthaltsstatus in den entsprechenden Gremien des Hessischen und Deutschen Städtetags eingebracht und nun die Stadtverordneten informiert.

In einem Erlass des hessischen Kultusministeriums vom 12.10.2005 wird festgestellt, dass zugewanderte Kinder ohne Aufenthaltsstatus zum Schulbesuch nicht berechtigt sind. Eine unter-



bliebene Meldung dieser Kinder durch Lehrer und Schulleitung würde zwar keine strafrechtliche, jedoch dienstrechtliche Konsequenzen haben. Damit fällt die hessische Landesregierung weit hinter vergleichbare Regelungen anderer Bundesländer zurück. Oftmals dauert es mehrere Jahre bis der aufenthaltsrechtliche Status vieler Menschen geklärt ist. Bis dahin wird in der Regel eine dreimonatige Duldung

ausgesprochen. Viele Betroffene leben über Jahre mit der Angst einer Nichtverlängerung dieser Duldung und einer drohenden Abschiebung. Am härtesten trifft es deren Kinder. In diesem Klima der Angst, der Unsicherheit wird Integration schwierig oder unmöglich. Wie Integration funktionieren soll wenn diesen Kindern die Möglichkeit der Bildung verwehrt wird bleibt das Geheimnis der hessi-

schen Kultusministerin.

Wir haben diese unbefriedigende Situation zum Anlass genommen und Kontakt zu Institutionen in anderen Städten aufgenommen. Es gibt eine Reihe von Anregungen und Ideen zum Beispiel des Kölner Flüchtlingsrates. Wir werden versuchen diese Ideen vor Ort in bestehende Gruppen und Organisationen einzubringen und zu diskutieren. Das Thema ist eng verknüpft mit der derzeitigen Diskussion um eine Bleiberechtsregelungen und einen Abschiebestopp. Solange müssen vorhandene Spielräume konsequent genutzt werden - im Sinne der Betroffenen. Auch bei uns in Darmstadt.

*Jutta Jung-Rajha,  
Mitarbeiterin der  
erweiterten Fraktion  
Mitglied der WASG*



## Faschismus ist ein Verbrechen Breites Bündnis gegen Rechts in Darmstadt

**Sonntag, 17.09.2006. Die Menschen hier und anderswo in der Republik waren betroffen, wenn auch nicht überrascht, vom Ausgang der Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.**

In diesen Bundesländern hat die NPD den Einzug in den Landtag bzw. in zahlreiche Bezirksvertretungen geschafft. Die neonazistische Partei arbeitet vor allem im Osten sehr erfolgreich mit einer Doppelstrategie, um den Kampf auf der Straße und den in den Parlamenten zu gewinnen. Strategische und ideologische Parallelen zur Politik der NSDAP sind offensichtlich, und das ist auch so gewollt. Auch wenn wir hier in Darmstadt und Südhessen von diesen Verhältnissen noch weit entfernt sind, versuchen NPD und sog. „Freie Kameradschaften“ diese Strategie auch hier durchzusetzen. Der Kampf um die Parlamente wird hier zwar noch vernachlässigt, dafür aber der Kampf um die Straße um so mehr forciert. Seit einem Jahr gibt es regelmäßige Veranstaltungen von Neonazis, die Konfrontationen auf der Straße häufen sich, auch abseits der medialen Öffentlichkeit. Zur Erinnerung: Januar 2006: In der Gaststätte „Zur Kanone“ in Griesheim veranstaltet die verbotene Neonazi-Organisati-



Um 1935 NSKundgebung auf dem Ludwigplatz.

on „Blood & Honour“ ein als Geburtstagsfeier getarntes Konzert mit über 400 Gästen. März 2006: In Roßdorf-Gundernhausen findet im Hotel „Hessischer Hof“ eine Veranstaltung eines sog. „NPD-Freundeskreis“ statt. Mai 2006: Am 1. Mai können nur unter starkem Polizeischutz mehr als 300 Neonazis durch das südhessische Heppenheim marschieren. Aufmärsche in Lampertheim und Weinheim finden am selben Tag statt. Juni 2006: Der jüdische Friedhof in Alsbach-Hähnlein wird zum wiederholten mal geschändet. Juli 2006: Die NPD führt einen „Aktionstag im Odenwald“ durch, der durch mehrere Ortschaften führt mit einer Kundgebung in Mos-

bach endet. Alleine organisierter antifaschistischer Gegenwehr ist es zu verdanken, dass diese Veranstaltungen, wenn auch nicht immer verhindert, so doch stark gestört werden konnten und so ins Licht der Öffentlichkeit gezogen wurden. Konsequenz aus den Ereignissen des letzten Jahres ist der Zusammenschluss vieler Darmstädter Gruppen in der „Anti-Nazi-Koordination“. Ziel ist es, hier in der Stadt ein breites Bündnis gegen faschistische Strukturen und Aktivitäten zu schaffen. „Aktion statt Reaktion“ soll im Mittelpunkt einer langfristig angelegten Strategie stehen, die perspektivisch linke, fortschrittliche und demokratische Gruppen und Einzelpersonen zusammen-

bringen soll. Die Stadtverordnetenfraktion Die Linke hat in Vergangenheit immer wieder versucht das Thema Antifaschismus und eine damit verbundene überfällige Geschichtsaufarbeitung auch parlamentarisch einzubringen. So geschehen bei unseren Initiativen zur Umbenennung der Hindenburgstrasse und unserer Forderung nach einer Neubewertung der städtischen Ehrengräber, in denen auch so manche braune Vergangenheit mitbeerdigt ist.

Notwendig ist ein bessere Vernetzung antifaschistischer Gruppen über die Stadtgrenzen Darmstadts hinaus. Unser Kampf gegen Faschisten, ob sie sich NPD oder anders nennen, muss auf der Straße und in den Parlamenten geführt werden.

Weiter Informationen unter [www.rotehilfe.de](http://www.rotehilfe.de)

*Sven Krone,  
Mitarbeiter der erweiterten Fraktion  
Mitglied der Roten  
Hilfe Darmstadt*



# Wie die Darmstädter Arbeitsagentur mit Kanonen auf Spatzen schießt

**Strafbefehle gegen Arbeitslose Eine Protestaktion der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) anlässlich der ersten Stellenbörse „Südhessische Ernte“ in den Räumen der Arbeitsagentur am 16. Februar diesen Jahres, hat für unsere erwerbslosen Fraktionsmitarbeiter Helmut Angelbeck und Frank Gerfelder-Jung strafrechtliche Konsequenzen.**

Mit der Aktion der GALIDA, die sich vornehmlich gegen die von den Spargelbauern bezahlten Hungerlöhne von 5,28 Euro brutto pro Stunde richtete, war der damalige Leiter der Arbeitsagentur Darmstadt, Dr. Gerd Mittmann (FDP), offensichtlich überfordert. In Gegenwart von Presse und Fernsehen musste der Agenturdirektor kleinlaut einräumen, dass „fälschli-

cherweise“ Schreiben an Erwerbslose gegangen waren, die diese zum Erscheinen auf der „Stellenbörse“ zwangen. Von einem „freiwilligen Erscheinen“ der Arbeitslosen, welches die Arbeitsagentur vorher in den Medien großmündig angekündigt hatte, konnte keine Rede sein. Als die Kolleginnen und Kollegen der GALIDA ihr Transparent „Hungerlöhne – Ohne uns!“ im Sitzungssaal der Agentur entfalteten, rief Dr. Mittmann die Polizei auf den Plan. Die Staatsanwaltschaft erlies auf Anzeige des Herrn Dr. Mittmann, Strafbefehle in Höhe von 20 Tagessätzen á 13,- Euro, sowie 60,- Euro Gerichtskosten. Unser Fraktionsmitarbeiter Helmut Angelbeck führte gegenüber der Presse aus: „Die Kosten von 320,- Euro pro Person, die immerhin fast dem Monatseinkommen eines ALG II Beziehers entspre-

chen, sind eine stolze Summe für eine so kleine Aktion, die im übrigen die Veranstaltung weder gestört noch sonstigen Schaden verursacht hat. Hier geht es allein um die Statuierung eines Exempels, die uns womöglich von zukünftigen Aktionen in der Arbeitsagentur abschrecken soll.“ Möglicherweise wollte der scheidende Arbeitsagenturleiter auch dafür sorgen, dass wir ihn auch nach seiner bevorstehenden Pensionierung nachhaltig in Erinnerung behalten. Immerhin haben wir in den letzten acht Jahren einige Sträuße - auch ohne Polizei und Gericht - miteinander ausgefochten.“

Unsere Fraktionsmitarbeiter Helmut Angelbeck und Frank Gerfelder-Jung sehen sich gezwungen die Strafbefehle zu akzeptieren, da die Prozesskosten für ein mögliches Verfahren unkalkulierbar sind. Allein die Ladung des

Zeugen Dr. Mittmann, der aktuell in Kroatien arbeitet, würde Hunderte von Euro kosten. Festzuhalten bleibt, dass Bundesarbeits- und Landwirtschaftsministerium den diesjährigen Einsatz von Arbeitslosen auf den Feldern als Erfolg preisen, während die Bauernverbände und selbst die Agentur für Arbeit deren Einsatz als weitgehend „unsinnig“ bezeichnen. Nichtsdestotrotz will der Bund auch im kommenden Jahr darauf bestehen Arbeitslose als Erntehelfer einzusetzen.



*Verena Hoppe,  
Mitarbeiterin der  
erweiterten Fraktion  
Mitglied der WASG*

## Maut für Bundesstraßen - Darmstadt nicht dabei

Im August beschloss das Bundeskabinett, auf zwei Bundesstraßen in Norddeutschland und einer im Südwesten die Mautpflicht einzuführen. Alle drei Straßen sind Verbindungen von Autobahnen. Bundesverkehrsminister Tiefensee: „Wir gehen entschlossen gegen Ausweichverkehre vor.“ Die ebenfalls Autobahnen verbindende B 26 zwischen Stockstadt/Main und Darmstadt ist nicht dabei. Nicht mitgeteilt wurde, ob der Minister nach seinen Aufsehen erregenden Vorschlägen für Hartz IV-Empfänger endlich einmal etwas Sinnvolles sagen wollte.

## Mehr Geld für Stadtverordnetenfraktionen

**In der Septembersitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde mit der Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP die Erhöhung der Fraktionsmittel beschlossen.**

Eine 40,2-prozentige Erhöhung von 435 Euro auf 610 Euro pro Fraktionsmitglied genehmigte man sich mal „selbst“. Der Stadt wird diese Erhöhung jährliche Mehrkosten von rund 150.000 Euro bescheren. Zur Erinnerung: Die selben Parteien werden nicht müde „Anspruchsdenken“ zu kritisieren (natürlich nur bei ALG-II-Empfängern), streichen die Pendlerpau-

schale und erhöhen die Mehrwertsteuer. Man muss ja Opfer bringen. Woher das Geld kommen soll? Einen Deckungsvorschlag für die 150.000 Euro machte keiner der „Volksparteien“. Vielleicht fällt Ihnen was ein? Wir sind auf Ihre Vorschläge gespannt.

*Schreiben Sie uns unter [info@linksfraktion-darmstadt.de](mailto:info@linksfraktion-darmstadt.de)*

Ich habe Interesse an DIE LINKE.DARMSTADT

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_, PLZ, Ort, \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos

per Post , per Mail

Die LINKE.DARMSTADT  
STADTVERORDNETENFRAKTION  
c/o Rainer Keil  
Heinrich-Fulda-Weg 13,  
64289 Darmstadt  
Tel.: 06151/66 90 310  
Fax: 06151/66 90 533  
E-Mail: [info@linksfraktion-darmstadt.de](mailto:info@linksfraktion-darmstadt.de)

## Impressum:

**Die Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben pro Jahr**

**Auflage: 20.000 Exemplare**

**Graphik & Layout:**

**Quarkxbrecht /MacKeller**

**Die Linke.Darmstadt  
Stadtverordnetenfraktion**

**im Internet:**

**E-Mail: [info@linksfraktion-darmstadt.de](mailto:info@linksfraktion-darmstadt.de)**

**[www.linksfraktion-darmstadt.de](http://www.linksfraktion-darmstadt.de)**

## Spendenkonto:

**Zur Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um Spenden auf das**

**Konto Nr. 110 798 300,**

**Volksbank Darmstadt,**

**BLZ 508 900 00.**